

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP, der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Dr. Gesinde Löttsch, Heidrun Bluhm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. sowie der Abgeordneten Undine Kurth (Quedlinburg), Bärbel Höhn, Rainer Steenblock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/1502 –

Verbot der Einfuhr von Wildvögeln

A. Problem

Die Einfuhr von Wildvögeln aus Nicht-EU-Staaten ist bisher kaum eingeschränkt. Weltgrößter Abnehmer ist die EU – 1,76 Millionen importierte Wildvögel pro Jahr – und innerhalb der EU Deutschland, was zu einer Mitverantwortlichkeit für die Bedrohung vieler Vogelarten und das qualvolle Leid vieler Tiere führt. Auch stellt der Wildvogelhandel und -import als Verbreitungsweg für die sog. Vogelgrippe ein bedeutendes Gesundheitsrisiko dar.

Die Antragsteller fordern daher ein dauerhaftes spezifiziertes Importverbot für Wildvögel auf EU-Ebene sowie auf nationaler Ebene die Untersagung des Besitzes und der Vermarktung von Wildvögeln.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternative

Annahme des Antrages auf Drucksache 16/1502.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/1502 abzulehnen.

Berlin, den 28. Juni 2006

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende

Dr. Hans-Heinrich Jordan
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Undine Kurth (Quedlinburg)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Hans-Heinrich Jordan, Dr. Wilhelm Priesmeier, Hans-Michael Goldmann, Dr. Kirsten Tackmann und Undine Kurth (Quedlinburg)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/1502** in seiner 36. Sitzung am 19. Mai 2006 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellenden Fraktionen verweisen darauf, dass der überwiegende Teil der Wildvogelimporte in die EU gehen, wobei Deutschland zu den bedeutendsten Abnehmern gehört. Während es über die EU-Vogelschutzrichtlinie von 1979 verboten ist, Wildvögel in der EU zu fangen, kommerziell zu handeln und in Gefangenschaft zu halten, sind der Einfuhr von Wildvögeln aus Nicht-EU-Staaten kaum Grenzen gesetzt. Dieses ist mit ursächlich für die Bedrohung vieler Vogelarten und millionenfaches Tierleid, da die Hälfte der gefangenen Tiere bereits während Fang, Lagerung und Transport im Ursprungsland stirbt. Auf EU-Ebene haben sich bereits einzelne Mitgliedstaaten für einen Wildvogel-Importstopp ausgesprochen und nationale Verbote für Einfuhr, Haltung und Besitz von Wildvögeln erlassen. Als Verbreitungsweg für die sog. Vogelgrippe stellen der Wildvogelhandel und der Wildvogelimport ein bedeutendes Gesundheitsrisiko dar.

Die Antragsteller fordern daher die Bundesregierung auf, sich innerhalb der EU unter bestimmten Voraussetzungen für ein dauerhaftes Importverbot für Wildvögel einzusetzen und auf nationaler Ebene den Besitz und die Vermarktung von Wildvögeln zu untersagen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage 16/1502 in seiner 14. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage 16/1502 in seiner 19. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und die Ab-

lehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage 16/1502 in seiner 16. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage 16/1502 in seiner 14. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner 20. Sitzung am 28. Juni 2006 die Drucksache 16/1502 abschließend beraten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** führten aus, dass man mit den Zielen des Antrags übereinstimme, aber zunächst das Ergebnis eines Prüfauftrages der Europäischen Union abwarten sollte, damit das, was man beschließe, auch wirksam werde. Man müsse zudem nicht nur den Bereich der Wildvögel beachten, sondern auch andere Spezies, die gehandelt würden, wie zum Beispiel die 300 000 importierten Papageien.

Die **Fraktion der FDP** äußerte ihr Unverständnis darüber, dass die Fraktionen der CDU/CSU und SPD dem Antrag nicht zustimmen wollten und sprach sich dafür aus, in Fragen von Tierschutz und Tiertransporten gemeinsam zu handeln.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begründete den Antrag insbesondere damit, dass neun von zehn importierten Tieren Wildfänge seien, 50 Prozent der Tiere bereits im Herkunftsland verendet und durch Wildvogelimporte ggf. auch Tierkrankheiten eingeschleppt würden.

Der Ausschuss hat die Vorlage auf Drucksache 16/1502 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Berlin, den 28. Juni 2006

Dr. Hans-Heinrich Jordan
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Undine Kurth (Quedlinburg)
Berichterstatterin

